

POLITIK

DEUTSCHLAND AUSLAND BUNDESTAGSWAHL 2017

WELT+ BERLIN

„Da nimmt man eine leere Schule und steckt die Flüchtlinge rein“

Von Anna Kröning | Stand: 24.07.2017 | Lesedauer: 6 Minuten

Eine Schule für lernschwache Flüchtlinge soll in wenigen Wochen eröffnen. Kritiker sprechen von einer „Gettoschule“. Und eigentlich weiß niemand so richtig, was der Vorteil dieser Einrichtung sein soll.

Direkt hinter der Autobahnausfahrt ragen die Backsteingiebel der ehemaligen Teske-Schule in den Himmel. Gegenüber dem dreiflügeligen Gebäude führt eine Einfahrt zu einer Autowerkstatt, am Ende der Straße befindet sich ein Recyclinghof.

In dem Gewerbegebiet im Berliner Stadtteil Tempelhof-Schöneberg soll nach den Sommerferien eine Schule eigens für jugendliche Flüchtlinge öffnen. Der Berliner Bildungssenat spricht von einem „Bildungszentrum mit Profil-Willkommensklassen“. Gegner nennen es „Gettoschule“ oder „Sonderschule für Flüchtlinge“.

Der blaue Anstrich an den Türen blättert ab, die Lampe mit der Hausnummer 62 hängt schief. Einer von vier Eingängen ist geöffnet. „Mädchen“ steht in Betonbuchstaben über der Tür an der Ostseite des 1908 erbauten Hauses.

An den Glasscheiben hängen bunte Zettel von der Volkshochschule und einer Musikschule, die hier unterrichten. In der ehemaligen Aula trainiert der Tanzsportclub Blau-Silber Berlin nahezu ungestört von Zuschauern, denn fast alle Räume der baufälligen Schule stehen leer.



Der Seiteneingang zur Volkshochschule und den Musikkursen

Quelle: Martin U. K. Lengemann

In knapp sechs Wochen sollen hier – zunächst – rund 100 Flüchtlingsschüler ein- und ausgehen. Wer ihnen hier was beibringen soll, ist noch unklar. Ein pädagogisches Konzept liegt noch nicht vor. Doch der Plan der SPD-Bildungssenatorin Sandra Scheeres steht. 15- und 16-jährige Schüler aus ganz Berlin, die bislang in sogenannten Willkommensklassen für Flüchtlinge Deutsch gelernt haben und fachlich und sprachlich zu schwach für regulären Unterricht sind, sollen hier für drei bis fünf Jahre unterkommen.

Zentrum soll verhindert werden

Doch das „temporäre Bildungszentrum“ – Volkshochschule und Musikschule sollen bleiben – für schwer integrierbare jugendliche Flüchtlinge einzurichten stößt auf Protest. Von verschiedenen Parteien werden Bedenken laut. Der Flüchtlingsrat, die Gewerkschaft GEW bis hin zum Landeselternausschuss und diverse Vereine wollen das „separierte Bildungszentrum“ verhindern. Sie befürchten, dass Schüler sozial und räumlich ausgeschlossen werden, und halten die Idee für pädagogisch falsch.

Während noch diskutiert wird, laufen die Renovierungsarbeiten im Tempelhofer Weg 62. Alarmanlage, Brand- und Rauchschutztüren werden eingesetzt. Dabei wurde die Schule ganz offiziell für den Unterricht stillgelegt. Die letzten Schüler besuchten Ende 2012 die Teske-Schule. Im Jahr 2015 dienten einige ehemalige Klassenzimmer als Notunterkunft für Flüchtlinge, bis sie 2016 aufgelöst wurde.



Blick in den Gang im Erdgeschoss. Hier wird renoviert

Quelle: Anna Kröning



Die Nutzer der vergangenen Jahre haben Spuren hinterlassen. An den Türen zu den Klassenräumen hängen Schilder: „Erdkunde“, „Abstellraum“. Einige sind überklebt: „Wohnraum, 10 Personen“, und „Gesperret – Nutzung nicht möglich“. Denn einige Räume sind mit Asbest und künstlichen Mineralfasern belastet und verschlossen. Im Mittelgebäude im Erdgeschoss tickt eine Wanduhr laut und auf die Sekunde genau. Dort steht eine einfache Vitrine mit vergilbtem Sporturkunden aus den Jahren 1998 und 1999. Gegenüber hängt eine Tafel, dort steht in Schreibschrift: „Wir sind Teske“ und arabische Schriftzeichen. In den breiten, hohen Gängen riecht es nach Gummi, Wandfarbe und Staub.

Was soll hier eigentlich passieren?

Wer hier demnächst zur Schule gehen soll, ist noch nicht klar, genauso wenig wie die Frage, welche und wie viele Lehrer dort unterrichten werden. In einer internen Mail hat die Senatsverwaltung bereits Ende Juni alle Lehrer aufgefordert, Schüler aus Willkommensklassen dafür zu nominieren. Zielgruppe sind „15- bis 16-Jährige, höchstens 17-Jährige, die nicht oder wenig alphabetisiert sind und/oder keine bzw. geringe schulische Vorkenntnisse besitzen“.

Man will sie in maximal 20-köpfigen Klassen auf einen Abschluss oder den Übergang zur Berufsschule vorbereiten. Die Schule soll nicht eigenständig organisiert sein, sondern nach Information der WELT als Filiale einer nahe gelegenen Integrierten Sekundarschule laufen.

Mit dieser Stammschule sei eine „enge Kooperation“, aber kein gemeinsamer Unterricht geplant, erklärt eine Senatssprecherin. Angedacht seien Arbeitsgemeinschaften zwischen Flüchtlings- und Sekundarschülern. Die Rede ist von „Austausch“ mit verschiedenen Oberstufenzentren. Außerdem wollen Arbeitsagentur und Senat in dem Gebäude Berufsberater einsetzen.

Neben der unklaren pädagogischen Ausrichtung ist es schon das Vorhaben an sich, der die Gegner auf den Plan ruft. Katharina Müller ist Mitarbeiterin beim Flüchtlingsrat Berlin und befasst sich seit Langem mit der Schulthematik. Dass geflüchtete Kinder auf einen Platz in einer Schule warten müssten, sei üblich, sagt Müller. Doch dass schwache Schüler aus dem Willkommensklassen „ausgesiebt“ werden, habe eine neue Qualität von Ausgrenzung: „Da nimmt man einfach eine leer stehende Schule und steckt alle rein“, ärgert sie sich. Auf den

ersten Blick sei es mehr Arbeit, schwache Schüler an Regelschulen zu integrieren, aber langfristig sei dies gesellschaftlich sinnvoll.

Sogar aus den eigenen Reihen kommt Kritik am Vorhaben der SPD-Bildungssenatorin. Maja Lasic, bildungspolitische Sprecherin der Berliner SPD, nennt es schwierig, wenn mehr als 100 jugendliche Flüchtlinge an einem Standort zusammen lernen.



Blick auf die Hauptseite des Gebäudes

Quelle: Martin U. K. Lengemann

Auch die oppositionelle Berliner CDU ist skeptisch. Hildegard Bentele, bildungspolitische Sprecherin, nennt die Schule ein „Experiment“, das nur durch intensive Arbeit gelingen könne. „Eine reine Flüchtlingsschule für pubertierende, oft traumatisierte Jugendliche birgt ein Risiko“, findet die CDU-Politikerin. Sie warnt außerdem vor einer „möglichen Ausnutzung der schwierigen Situation durch Islamisten“ und vor anderen Sicherheitsproblemen.

Bildungsexperten sind misstrauisch

Die Einschätzung des Bildungssenats, dass es schwierig ist, nicht alphabetisierte Flüchtlinge in den regulären Unterricht zu bringen, teilt auch Hans-Jürgen Kuhn von der Initiative „Schöneberg hilft“. Der Verein kümmert sich seit 2015 um Flüchtlinge in dem Bezirk und bemüht sich um einen Austausch mit möglichst vielen Beteiligten. Kuhn hält eine separierte Schule für einen „bildungspolitischen Rückschritt“. Er versteht nicht, warum es nicht möglich ist, die etwa 100 Schüler in Regelschulen gesondert zu fördern.

Auch Bildungsexperten blicken misstrauisch auf das Vorhaben. Beate Lütke ist Professorin für Didaktik der deutschen Sprache an der Humboldt-Universität Berlin und lehrt Deutsch als Zweitsprache. Das Motiv, eine fremde Sprache zu lernen, entstehe aus dem Bedürfnis nach sozialem Kontakt, erklärt die Didaktikerin. Dazu gehören Gespräche auf dem Schulhof und dem Flur, gemeinsame Projektarbeit und auch Freizeit.

Die Idee, im Anschluss an eine Willkommensklasse eine Übergangsphase für schwache Schüler zu schaffen, hält sie als solches für sinnvoll. Lütke schlägt vor, diese Schüler aber nicht in eine gesonderte Schule zu schicken, sondern für einen begrenzten Zeitraum Regelklassen an den Schulen als Nachfolge für die Willkommensklassen einzurichten. Dort könnten Schüler von Fachlehrern in einem „Tandem“ mit Sprachlernkräften gesondert gefördert und zunehmend auch in Regelklassen unterrichtet werden. Das Ziel müsse der gemeinsame Unterricht sein.

Warum eine Flüchtlingsschule?

Warum soll also eine Flüchtlingsschule eingerichtet werden, die ganz offenkundig kaum Befürworter hat? Denn der eigentliche Zweck des Gebäudes steht fest. Der Bezirk will dort eine Grundschule errichten, die dringend benötigt wird. Auch das Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg lehnt eine Flüchtlingsschule also ab. Für einen entsprechenden Antrag der Grünen gibt es nach Auskunft der Partei eine politische Mehrheit – Linke, CDU und FDP schließen sich an und stimmen ebenfalls gegen die Schule. Die SPD enthält sich. Lediglich die AfD befürwortet das „Bildungszentrum“.

Es gibt verschiedene Erklärungen, warum der SPD-Senat diese Schule unbedingt umsetzen will. Eine davon ist, dass es weniger um pädagogische als um pragmatische Überlegungen geht. Denn der Berliner Senat hat dem Bezirk bereits verbindlich Geld zugesagt. Nach Angaben der Bezirksverwaltung kostet die Renovierung rund 590.000 Euro – und die

Arbeiten laufen bereits. Eine andere Erklärung ist, dass der Berliner Senat nicht wusste, dass der Bezirk dort eine Grundschule geplant habe. Insider vermuten ein „Kommunikationsproblem“ – und jetzt wolle der Senat einfach „mit dem Kopf durch die Wand“. Katharina Müller vom Flüchtlingsrat findet nur eine Erklärung für das Vorhaben: „Es wird einfach nicht über die Folgen nachgedacht.“

Lesen Sie alles Wichtige rund um Politik – im täglichen Newsletter der WELT.

Nur noch ein Schritt:

Bitte klicken Sie den Bestätigungs-Link in der E-Mail, die wir soeben an ###eMail### geschickt haben.



© WeltN24 GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Ein Angebot von WELT und N24.

© WeltN24 GmbH

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/166978688>